Nr. 168 1. Ausgabe

Sonntag, 23. Juni 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Listen- oder Kontosatz 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abstellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreis: Im Dresdner Bezirksbezirk monatlich M 1.20, vierteljährlich M 3.60 frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich M 1.35, vierteljährlich M 3.90 frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.05, vierteljährl. M 3.00
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.45, „ „ 4.35
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 1.15, vierteljährl. Kr. 6.45
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.25, „ „ 6.95
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Nummer 10 Pf.

Feindliche Angriffe südwestlich von Noyon abgewiesen

Wieder 23000 Tonnen versenkt — Englands Verzicht auf die Dienstpflicht in Irland — Die Friedensverhandlungen zwischen Türkei und Kaukasien

Weder Homerule noch Dienstpflicht

Nach einer Havasmeldung aus London teilte Lord Curzon im Oberhaus mit, daß die Regierung mit Rücksicht auf die veränderte Lage in Irland genötigt sei, auf Homerule in Irland zu verzichten. Auch die Durchführung der Dienstpflicht hat man fallen lassen.

× Amsterdam, 21. Juni. Das „Algemeen Handelsblad" meldet aus London: Die Erklärung Lord Curzons im Oberhause, daß die Einführung von Homerule und Dienstpflicht in Irland vorläufig unmöglich sei, kam zwar nicht unerwartet, verursachte aber in den Wandelgängen des Parlaments großes Aufsehen. Die Abgeordneten sehen mit großer Spannung der Aussprache am Dienstag entgegen, in welcher der Premierminister im Unterhause eine ausführliche Regierungserklärung abgeben wird. Ein aus sämtlichen Parteien zusammengesetzter Ausschuß hat die Absicht, die Regierung zu ersuchen, einen Sonderausschuß zu ernennen, der über den Föderativplan Bericht erstatten soll. — Nach dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" meldet der politische Mitarbeiter der „Morning Post", daß die Rückkehr der nationalistischen Mitglieder des Unterhauses nach Westminster infolge der Erklärungen Curzons wohl für unbestimmte Zeit verschoben sei, obwohl viel von der Wahl in Eastcavon abhänge. Wenn die Nationalisten nämlich diesen Sitz gewännen, würden sie möglicherweise in das Haus zurückkehren und die Lage der Regierung so schwierig wie möglich machen. Wenn sie den Sitz aber verlören, so würden sie fortbleiben.

In seiner Erklärung im Oberhaus sagte Lord Curzon noch: „Die Persönlichkeiten, die deportiert worden sind, konnten nicht vor den Richter gebracht werden, ohne dem Feinde die Wege anzuweisen, auf denen die Regierung ihrem Vorgehen auf die Spur gekommen war. Aber wenn einer von ihnen unschuldig war, so hatte er das Recht, Berufung einzulegen. Diese Deportationen haben die Lage in Irland wesentlich erleichtert und sogar die nationalistischen Abgeordneten billen dieses Gefühl der Erleichterung." Der Vertreter der englischen Regierung lüftete hier zum erstenmal den Schleier des Geheimnisses, der bisher über dem Schicksal der verhafteten Sinnfeiner schwebte. Wie die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt, sind die tapferen Freiheitskämpfer, wohin weiß man nicht, verschickt worden, ohne daß ein ordentliches Gerichtsverfahren stattgefunden hätte. Die englische Regierung und ihr Vertreter in Irland haben durch die willkürliche Deportation der Iren einen neuen Beweis dafür geliefert, wie sehr es englischer Politik entspricht, sich überall da über die sonst gepriesenen Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit hinwegzusetzen, wo englische Interessen auf dem Spiele stehen. Lord Curzon ist obendrein noch zynisch genug, an das angebliche Berufungsrecht der Verschickten zu erinnern. Bei wem sollten die Unglücklichen Berufung einlegen, da doch keine ordentliche Gerichtsbehörde das Urteil gefällt hat? So krönt die englische Regierung ihre brutale Willkür mit Hohn und Spott.

Eine Friedensdebatte im Unterhaus

Im englischen Unterhaus brachte der Pazifist Morrell einen Antrag ein, in dem gefordert wird, daß die Regierung keine Gelegenheit vorübergehen lasse, die Kriegsprobleme auf diplomatischem Wege durch Uebereinkünfte zu lösen, ferner sollen die Geheimverträge mit den Alliierten einer Nachprüfung unterzogen werden, weil sie ein Hindernis für einen demokratischen Frieden bildeten. Morrell fügte hinzu, das besorgte Volk sei berechtigt, von der Regierung eine neue Darstellung ihrer Kriegsziele und Auskunft über die Art ihrer Lösung zu verlangen. Snowden unterstützte den Antrag. Im Verlauf der Sitzung hielt dann

Balfour

eine Rede, in der er auf die Ausführungen Snowdens bei dessen Unterstützung des Morrellschen Antrages einging und sagte, Snowden habe gefragt, was mit dem Ausdrucke „Friedensoffensive" gemeint sei. Er meine damit jeden Versuch, durch eine Rede oder auf andre Weise unter dem Vorwande des Wunsches nach einer ehrenvollen Beendigung des Krieges in den Kampf der Alliierten für die große Sache der Freiheit Zwietracht zu bringen und die einzelnen Mitglieder der Allianz zu entmutigen. Sei einer von den Friedensvorschlägen der Mittelmächte so gewesen, daß ihn ein vernünftig denkender Historiker als annehmbare Friedensgrundlage hätte betrachten können? England habe niemals irgendwelche Vorschläge zurückgewiesen, die seiner Meinung nach auch nur die geringste Aussicht auf einen Frieden, wie ihn alle wünschten, gewährt hätten. Es sei gar kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die deutsche Regierung es mit einem solchen Friedensangebote jemals ernst gemeint habe. Habe die deutsche Regierung jemals offen und deutlich in einem ihrer Dokumente oder einer ihrer Reden erklärt, daß Belgien aufgegeben, wiederhergestellt und wieder in eine Lage absoluter wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit versetzt werden würde? Er kenne keine solche Erklärung. Dann hätten es die deutschen Staatsmänner dargestellt, als ob sie den englischen Staatsmännern annehmbare Friedensbedingungen angeboten hätten und als ob die englischen Staatsmänner darauf bestünden, den Krieg fortzusetzen. Snowden scheine zu glauben, daß die Alliierten in diesem Punkte mit Wilson nicht übereinstimmten. Soviel er wisse, bestehe keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Alliierten und Wilson über die Kriegsziele. Snowden habe auch nicht recht, wenn er annehme, daß die Geheimverträge, die er erwähnte, dem Frieden hinderlich seien. „Es ist", sagte Balfour, „ein Irrtum, wenn man annehmen würde, daß der Vertrag mit Italien dem Frieden im Wege stehe. Die Alliierten sind bereit in ihrer Gesamtheit, auf alle vernünftigen Vorschläge zu hören."

Das Unterhaus lehnte darauf den Antrag Morrell ohne Abstimmung ab.

Vergebliche Erkundungen der Engländer

× Großes Hauptquartier, 22. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Zwischen Arras und Albert dauerten die heftigen Teilvorstöße des Feindes gestern bis zum Morgen an. Sie endeten mit vollem Mißerfolg für den Gegner. Beiderseits der Scarpe, bei Boiry Decquerelle, Höhnterne, Hamel und im Walde von Aveluy wurden starke englische Abteilungen teilweise in erbittertem Nahkampfe zurückgeschlagen. Auch an der übrigen Front trieb der Engländer mehrfach vergeblich Erkundungen vor. Bei Abwehr des Feindes und bei eigenen Vorstößen südlich der Somme machten wir Gefangene.

Feindlicher Fliegerangriff auf Brügge fügte der Bevölkerung Verluste zu.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Südwestlich von Noyon wiederholte der Feind mit stärkeren Abteilungen seine vergeblichen Angriffe südlich von Vandelicourt. Zwischen Oise und Marne lebhafte Tätigkeit des Feindes. Mehrfach angesetzte Erkundungsvorstöße der Franzosen blieben erfolglos. Teilangriffe der Franzosen und Amerikaner nordwestlich von Château-Thierry wurden blutig abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Die Kämpfe am Montellorücken

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

sch. Lugano, 22. Juni

Das Leitmotiv der heutigen Kommentare über die Lage an der Front ist die ungemeine Hartnäckigkeit, Entschlossenheit, meisterhafte Angriffsmethode und geschickte artilleristische Vorbereitung der unaufhörlichen österreichischen Offensivhandlungen von Asiago bis zur Piavemündung. Die „Tribuna" hebt den unbändigen Angriffsgeist, der „Messaggero" die erstaunliche Feuerdisziplin aller feindlichen Einheiten und „Secolo" die vorzügliche Führung und Haltung der mit Feuerwaffen, Handgranaten, Gasbomben und Bajonetts methodisch zusammenwirkenden Stoßtrupps hervor, namentlich in den unablässigen Tag- und Nachtkämpfen um den Bergrücken des Montello und westlich unterhalb der Piave. Dabei treten alle Errungenschaften der neuesten deutschen Kriegskunst in verblüffende Erscheinung. Treviso liegt unter dem Dauerfeuer der 12 Kilometer entfernten Batterien. Die ganze östliche Hälfte des im Brennpunkte der italienischen Front liegenden 12 Kilometer langen und 6 Kilometer breiten Montellorückens zwischen dem Piaveknie und der Eisenbahn Montebelluna—Conegliano ist in österreichischem Besitz. Die italienische Führung macht verzweifelte Anstrengungen, hier den verhängnisvollen Einbruch in die Ebene zu verhindern.

(kf)

Besorgnis um Venedig

Die Ententeblätter zeigen in ihren militärischen Betrachtungen große Sorge um das Schicksal von Venedig:

z. Zürich, 22. Juni. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Secolo", „Corriere della Sera" und „Italia" bereiten in ihren Mittwochsausgaben auf strategische Korrekturen der italienischen Front vor. Die „Italia" fordert eine neutrale Intervention bei dem Feinde zum Schutze der unersetzlichen Kunstwerke Venedigs, falls Venedig vorübergehend in den Bereich der feindlichen Geschütze geraten sollte. — Der „Matin" meldet von der italienischen Front: Der Feind hat seit Dienstag neue Erfolge erzielt. Die Lage ist nicht ohne Gefahr. Bis weit hinter Treviso reicht das schwere Geschützfeuer des Feindes.

(kf)

g. Genf, 22. Juni. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der „Temps" schreibt: Das Lagunengebiet der Stadt Venedig rückt in den Gefahrenbereich. Auch die Möglichkeit, daß der Feind seine Offensivrichtung plötzlich ändert, bleibt bestehen.

(kf)

g. Genf, 22. Juni. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Das „Journal" meldet von der italienischen Front: General Diaz gab den Bürgermeistern von Treviso und Padua beruhigende Erklärungen über die Lage. Eine Besetzung von Treviso sei kaum, eine solche von Padua überhaupt nicht zu erwarten.

(kf)

z. Zürich, 22. Juni. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Wie Reisende von der italienischen Grenze berichten, rollen zwischen Frankreich und Italien ununterbrochen Militärzüge.

(kf)

Der Kriegskorrespondent des „Secolo" schildert die ungeheuren Geländeschwierigkeiten der Kämpfe längs der Piave. Jedes Hundert Meter zurückgewonnenes Gelände müsse mit fast übermenschlicher Anstrengung erkauft werden.

Neue U-Boots-Erfolge

× Berlin, 21. Juni. (Amtlich)

Eines unsrer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Marschall, versenkte im Sperrgebiet des Mittelmeeres in fünfzehntägiger Unternehmung sieben Dampfer von rund

23 000 Bruttoregistertonnen.

Alle Dampfer waren außerordentlich wertvoll. Die Ladungen bestanden aus Baumwolle, Benzin, Oel und Stückgut.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Schiffsraub in China

× Peking, 20. Juni. (Havas)

Die von der chinesischen Regierung beschlagnahmten feindlichen Schiffe wurden zur Verfügung der Entente gestellt. Frankreich erhielt eines, England und Amerika je zwei Schiffe.

Die Engländer am Eismeer

× Stockholm, 20. Juni

Die Helsingforser Zeitung „Svenska Tidningen" befaßt sich in einer ihrer letzten Nummern eingehend mit Englands Plänen in Nordrußland und an der Murmanküste. Danach sucht die britische Regierung auch hier ihre Machtansprüche durch die Behauptung zu verschleiern, daß sie als Beschützerin der kleinen Nationen auftreten müsse. Die erklärt, die Selbständigkeit Ostkareliens und der Kolahalbinsel anzustreben, und zwar in der Form, daß die neuen Staaten sich politisch an Rußland und wirtschaftlich an England anlehnen sollten. Zu ihrer Unterstützung stellt sie 100 Millionen Rubel in Aussicht. — Laut „Svenska Tidningen" berichten mehrere Reisende, die aus der Gegend der Murmanbahn kommen, übereinstimmend von einem solchen Plan. In Wirklichkeit hat man es hier natürlich mit einem englischen Versuch zu tun, am Eismeer festen Fuß zu fassen. Dies durchschauen auch die schwedischen Blätter, die sich mit den Vorgängen an der Murmanküste beschäftigen. So erklärt „Landskrona Posten", daß die dortigen Operationen Englands dem Wunsche entsprungen, Rußland daran zu hindern, ans Meer vorzudringen, was immer die Politik des meerbeherrschenden Inselreiches gewesen sei. Das Blatt erinnert an die Besetzung der griechischen Inseln vor den Dardanellen und an die Zurückdrängung Rußlands an der Persischen Bucht durch die britische Politik in Persien. Nun landen die Ententetruppen in Archangelsk und unterstützen gleichzeitig Japans Vorgehen in Ostasien. Das Ziel sei hier, wie überall, Ausschließung Rußlands vom Weltmeer.

Die Konstantinopeler Verhandlungen mit den kaukasischen Republiken

× Konstantinopel, 21. Juni

Die Delegierten der Georgier und Armenier trafen am 19. Juni, an Bord des Dampfers „General" von Poti kommend, zur Konstantinopeler Konferenz ein. Die tatarischen Delegierten werden in den nächsten Tagen erwartet. Unter den georgischen Vertretern befindet sich das Mitglied der früheren Duma Gegechkori, der nach der Unabhängigkeitserklärung des Kaukasus das Amt eines Ministerpräsidenten verlas. Gegechkori erklärte dem osmanischen Vertreter: Auf der Konstantinopeler Konferenz, der er die höchste Bedeutung beimesse, sollten alle schwebenden Fragen wirtschaftlicher und politischer Natur, insbesondere die Grenzfragen, die bisher nur allgemein festgelegt waren, ihre endgültige Lösung finden. Die Beziehungen der drei Republiken seien gut und sollten enger ausgebaut werden. Das Verhältnis zur Türkei sei freundnachbarlich. — Auf dem „General" trafen auch 2000 österreichisch-ungarische Gefangene ein, die, aus dem Kaukasus kommend, in ihre Heimat zurückkehren wollen. — Freiherr Kreß v. Kressenstein und Legationssekretär v. Karborff reisen heute nach dem Kaukasus ab zur Prüfung der Verhältnisse in den neu errichteten drei Republiken.

Französischer 15-Milliarden-Kredit

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

z. Basel, 22. Juni

„Daily Telegraph" meldet aus Paris: Dem Finanzausschuß ist die neue Kriegskreditvorlage von 15 Milliarden Franken zugegangen, die die finanzielle Fortsetzung des Krieges bis zum November sicherstellt.

Französische Friedensstimmen

(Privattelegramm)

+ Bern, 22. Juni

Nur die sozialistischen Blätter Frankreichs, diese allerdings mit vermehrter Heftigkeit, setzen die Friedenserörterung fort. Das „Journal du Peuple" und der „Populaire" füllen ihre sichtbarsten Spalten mit langen Artikeln über die Notwendigkeit von Verhandlungen. Insbesondere betont der Abg. Alexandre Blanc die Sinnlosigkeit des Wortes „Falle", womit jede deutsche Friedenskundgebung bezeichnet werde. „Entweder besitzen unsre Diplomaten die Klugheit und Geschicklichkeit, diese Falle zu entdecken, wenn sie gestellt ist, oder sie haben diese beiden Eigenschaften nicht, dann will man sie nicht durch andre ersetzen." Charpentier, der frühere Vizepräsident der radikal-sozialistischen Partei, der vor einiger Zeit zur Sozialdemokratie übergetreten ist, macht die französischen Reaktionäre dafür verantwortlich, daß man heute in der Friedensverhandlung noch nicht weiter sei als vor einem Jahre. Der „Populaire" wendet sich dagegen, daß man immer wieder das Wort „Brest" ins Treffen führe und damit alle Friedensfreunde zu schrecken suche. Die Deutschen hätten in Brest-Litowsk nur die Wortführer eines vollkommen besiegten Landes getroffen, mit denen Frankreich nicht zu vergleichen sei. Auch die Entente habe bedeutsame Pfänder in der Hand, und deshalb sei die einzige Haltung nicht der Weltkrieg, sondern die Erklärung, daß man immer bereit sein wolle, vom Frieden zu reden und ihn jeden Augenblick zu suchen. Jean Longuet spricht es so aus: „Unsre Regierenden würden ein unsühnbares Verbrechen gegen Vaterland und Menschlichkeit begehen, wenn sie die Gelegenheit, ein Ende zu machen, unbenutzt vorbeigehen ließen."

Erklärung des Litauischen Nationalrates

Nachdem der Litauische Nationalrat von der Erklärung der alliierten Regierungen vom 3. Juni in Versailles Kenntnis genommen hat und indem er die Gerechtigkeit der Wiederherstellung Polens in den wirklich ethnographischen Grenzen anerkennt, stellt er fest:

1. Daß die Regierungen der Entente trotz ihren zahlreichen Erklärungen für das Recht der Völker den gerechten Forderungen des litauischen Volkes, das nach vollständiger Unabhängigkeit seufzt, keine Rechnung trägt.

2. Daß die Regierungen der Entente, indem sie sich zum Wiederaufbau Polens mit dem Ausgang zum Meere verpflichten, die Lebensinteressen des litauischen Volkes schwer schädigen, indem sie seine heiligsten Gefühle, die nationalen Gefühle, verletzen.

3. Daß ein derartiges Polen, das zahlreiche nichtpolnische Elemente enthalten würde, weit entfernt ist, der unentbehrliche Träger eines Dauerfriedens in Europa zu sein, einen Herd für die Anarchie und den Keim für einen zukünftigen Krieg bilden würde.

4. Daß diese Erklärung nach allen von den Litauern in den Reihen des russischen Heeres für die Sache der Entente gebrachten Opfern ebenso unangebracht wie ungerecht ist, und daß sie als